

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pf. für die 6 geschaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Mr. 14

Sonnabend, den 2. April

1916

Gelbe Statistikkarten.

Und dieser Karte des Tabak-Arbeiter beigelegt. Wir bitten dringend, die Karte **öffentlich** und **vollständig** auszufüllen einzufinden.

Als Zähltag ist der 31. März zu nehmen. Einzuenden sind die Karten bis spätestens den 10. April 1916. Diejenigen Zahlstellen, die keine Karten erhalten haben sollten, müssen dies sofort dem Vorstand melden.

Beachtet die Fragen Nr. 9 und 10 auf der vorheren Seite der Karte!

Die diesmaligen Angaben gebrauchen wir zur Bearbeitung für das Kaiserliche Statistische Amt und auch für die Generalkommission. Es darf uns also bei der Ausstellung keine Karte fehlen.

Der Vorstand.

## In zwölfter Stunde.

Mit eiserner Konsequenz strebt die deutsche Regierung dem Tabakmonopol zu. Jede Gelegenheit, jeder Augenblick wird dazu ausgenutzt, dieses Ziel zu erreichen. Kein Zweifel, sie würde die wirtschaftliche Verwirrung während der Kriegszeit zur Einführung des Tabakmonopols ausnutzen, wenn sie nicht befürchten müsste, damit eine Opposition hervorzurufen, die im Interesse des Kriegsziels vermieden werden muss. Aber Vorbereitungen für das Tabakmonopol trifft sie mit einer Bedenkenlosigkeit, die verblüffen muss.

Die neuen Tabaksteuervorlagen übersteigen in der Tat alle Bedenken, die in Kreisen der Tabakindustrie über eine neue Besteuerung des Tabaks überhaupt bestanden. Man staunt über das Vorgehen der Regierung, obgleich wie schon 1909, wieder ein kleiner Preis von Großfabrikanten, ohne jeden Auftrag weiterer Interessentenkreise der Regierung in zwanglosen Versprechungen das Zugeständnis gemacht hatten, die Industrie sei bereit, Opfer, die der Krieg notwendig mache, mit zu tragen — und sie haben zirka 70 Millionen Mark neuer Tabaksteuern für die Industrie angeboten. Dass sie das taten, um sich selbst vielleicht von direkten Steuern nicht belastet zu sehen, kann ihnen natürlich niemand beweisen. Aber ihre Denkschrift weist deutlich genug darauf hin, denn sie spricht sich für indirekte Steuern zur Deckung der Kriegslasten aus. Wie sie Tabaksteuern von sich abzuwälzen versuchen — und dass selbst die Arbeitslöhne dazu herhalten müssen, ist bekannt.

So sollen also 160–180 Millionen Mark mehr aus dem Tabak herausgeschlagen werden! Und das in einer Zeit, wo in der Industrie alles durchzuhören ist, und nicht abgesehen werden kann, wie sie sich aus der Friedenswirtschaft in die Friedenswirtschaft hinüberreden wird. Wenigstens graut den Tabakarbeiter schon jetzt vor der Zeit, wenn die Kriegslieferungen ein Ende nehmen werden und nur für den stark zurückgegangenen privaten Konsum gearbeitet werden wird. Die fortwährende Teuerung wird ihr weiteres dazu tun, den Tabakverbrauch einzuschränken. Dann beginnt aussichtslos das Elend der Arbeitslosigkeit.

Dazu kommt nun noch der Schlag der neuen Tabakbesteuerung. Was er niederschlägt, wird sich bald zeigen, wenn der Reichstag diesen Schlag ausführen hilft. Unmöglich kann sich die Kleinindustrie bei dieser Belastung halten. Aber das ist ja gerade, was den Weg zum Monopol ebnet. Mit einer geringeren Zahl von Großunternehmern, mit einer bereits durch ungeheure Steuern herbeigeführten starken Verkürzung der Tabakfabriken, mit einer dadurch verminderten Zahl von Arbeitern, mit Vorläufern von Handelsmonopolen für Zigaretten — wie sie jetzt in den besetzten baltischen Provinzen, in Polen usw. Friedenswirtschaftlich eingeführt sind — lässt sich künftig leichter auf das Tabakmonopol loskommen. Wirklich, die Regierung hat sich den Zeitpunkt für die Forderung des Tabakmonopols ohne jede Rücksichtnahme ausgewählt; was in Erstaunen setzen muss.

Nehmen wir dazu die Art der Begründung der Steuervorlage durch den Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich, dann fragen wir uns unwillkürlich, ob wohl der Reichstag den Gräben riecht und dem Verlangen der Regierung ebenso unbedenklich nachgeben wird?

Wir sehen ab von der altgewohnten Art, den Tabak als entbehrliches Genussmittel zu bezeichnen, wie es Herr Helfferich tat. Gedenkt ist die Regierung jetzt eifrig bemüht, dieses Genussmittel für die Soldaten im Felde zu kaufen. Wäre es so entbehrlich, dann würden sehr, sehr viele Raucher wahrscheinlich darauf verzichten, der Regierung hohe Steuern durch Verbrauch dieses Genussmittels zu liefern. Ein großer Teil wird es mit Rücksicht auf sein geringes Einkommen sowieso tun müssen. Wäre es so leicht entbehrlich, dann hätte der Gedanke, die Tabakindustrie staatlich zu monopolisieren, überhaupt keinen Zweck; das Monopol wäre dann ein verschlissenes Experiment.

Die übrigen Argumente des Herrn Helfferich be sprechen wir an anderer Stelle; sie stehen dem über das „entbehrliche Genussmittel“ ebendürtig zur Seite.

Wie werden sich nun die Parteien im Reichstage gegenüber der Tabaksteuervorlage verhalten? Bis jetzt hat sich noch keine bürgerliche Partei bestimmt über ihre Stellung ausgesprochen. Einzelne Zeitungen — und seien es auch die größten und einflussreichsten — geben für die von ihnen vertretenen Parteien nicht den Ausschlag. Wir wissen ja aus der Zeit der früheren Tabaksteuervorlagen, dass die maßgebenden Blätter großer Parteien Opposition gegen diese Vorlagen machten, und dass schließlich die betreffenden Parteien im Reichstage doch dafür stimmten.

Nun liegt zwar diesmal die Sache wieder anders. Man ist jetzt schon in Besorgnis ob alle im Felde stehenden Arbeiter nach Beendigung des Krieges wieder Beschäftigung in ihren Berufen finden werden, weil das gesamte Wirtschaftsleben durch den Krieg der vollen Reglosigkeit ausgesetzt ist. Wird dazu einer Industrie, wie der Tabakindustrie, der Lebensunterhalt durch eine ungeheuerliche Steuerbelastung unterbunden, dann finden die heimkehrenden Krieger in ihr kein Unterkommen, geschweige denn, dass etwa gar noch Kriegsbeschädigte für sie neu angelernt und eingestellt werden könnten.

Ferner kommt in Betracht, dass gerade jetzt dafür gesorgt werden müsste, allen Industrien mit Rücksicht auf die kriegerischen Einwirkungen sozusagen das Leben so leicht wie möglich zu machen, damit sie auch den Übergang aus der Kriegs- zur Friedenswirtschaft günstig bestehen können. Schon das müsste die Regierung abhalten, die Tabakindustrie so schwer zu schädigen, zumal sie die verlangten Summen viel leichter und sicherer aus anderen Steuergesetzen ziehen könnte.

Mit Rücksicht auf den letzteren Umstand könnte es ratsamlich den Parteien nicht schwer fallen, die Tabaksteuervorlagen abzulehnen und den Schlag von der Tabakindustrie, vor allem von ihren Arbeitern, abzuwenden. Die wenigen Großunternehmer, die mit der Regierung unterhandelten, sind von der übergroßen Mehrheit der Interessenten der Tabakindustrie desabwertet worden, wie die im Reichstag zugegangenen Petitionen gegen die Tabaksteuervorlage beweisen. Die Organisationen der Arbeiter aller Richtungen haben gemeinsam am Protest gegen die neue Besteuerung erhoben — da sollten die bürgerlichen Parteien, vor allem die Zentrumspartei, sich zur Ablehnung der Vorlage entschließen.

Mit der sozialdemokratischen Fraktion, die entschieden gegen die Vorlage auftreten wird, bildet die Zentrumspartei bereits die Mehrheit des Reichstages. Stimmt die Zentrumspartei gegen die Vorlage, müssen andere bürgerliche Gruppen daselbe tun, wenn anders sie nicht sich die Sympathie weiter Wählerkreise verschaffen wollen.

Und die Regierung?

Wenn ihr vom Zentrum zu verstehen gegeben würde, dass es für die Tabaksteuervorlage nicht zu haben sei, würde sie sich nach einem Ersatz für den Ausfall auf Gebieten umsehen, auf denen sie nicht so hellseherisch Schaden anrichten könnte, wie in der Tabakindustrie.

Möge dieser Appell in zwölfter Stunde nicht vergeblich verhallen. Es wird nach dem Krieg Schaden genug zu heilen geben, da soll man keine neuen Schäden verursachen, für die auch nicht der Schatten einer Notwendigkeit vorhanden ist.

## Die Tabaksteuer im Reichstage.

Die Tabaksteuervorlage hat die erste Lesung im Reichstage durchlaufen. Ein endgültiger Schluss ist nach der ersten Lesung einer Vorlage überhaupt nicht zu ziehen, besonders unter den Umständen, die durch die Kriegswirren entstanden sind. Aber einen vünftigen Ausgang für die Tabakindustrie versprechen die Erklärungen der Redner der einzelnen Parteien zur Vorlage nicht.

Es ist selbstverständlich, dass die Redner der sozialdemokratischen Fraktion, die Gewissen Siegel und Sohne, eine scharfe Kritik an die Regierung richteten und die Vorlage nach allen Seiten hin einer Kritik unterzogen, die die vielseitigen Schäden der Vorlage, ganz besonders über die Arbeiter, bloßlegte.

Der Schatzsekretär Dr. Helfferich geriet fast aus dem Häuschen über die Kennzeichnung seiner Vorlagen durch den Abg. Hoch, ohne aber einen einzigen der kräftigen Einwände gegen die Tabaksteuer widerlegen zu können. Was wir von ihm hörten, war die immer wiederkehrende Wiederholung der von uns bereits besprochenen Motive, die der Vorlage gedruckt beigegeben sind. Durch diese Wiederholungen werden aber diese Gründe nicht überzeugender, im Gegenteil, sie fallen immer mehr ab.

Einen bereiteten Hörer für die Vorlage fand der

Schatzsekretär in dem nationalliberalen Abg. Stresemann an seiner Seite. Dieser bekannte Vertreter des Unternehmergeistes vertrug sich zu dem Ausspruch: „Der Tabak ist bisher in Deutschland vollkommen illegal und unethisch behandelt worden.“

Wir brauchen diesen Ausspruch wohl nur vorbildlich heranzusehen, um den Arbeitern und Unternehmern der Tabakindustrie zu zeigen, mozu die nationalliberalen Parteien im Reichstage vereit ist. Er berief sich in seiner weiteren Befürwortung der Steuern hauptsächlich auf die bekannten Zugeständnisse der Vertreter des Deutschen Tabakvereins, also der Großfabrikanten. Ferner wiederholte auch er die unbefriedbare Angabe, dass „heute“ eine Arbeiternot nicht ein Arbeiterschreck in der Zigarettenindustrie sei. Ohne natürlich den Blick weiter zu richten, nämlich zu untersuchen, wie die Lage nach dem Kriegsschluss sich gestaltet wird, und welches Urteil dann die Steuer antreffen muss, wenn nicht schon vorher. Stresemann wandte sich auch gegen den Abg. Spahn, der durchdrücklich ließ, sei vielleicht besser, wenn man jetzt die Zigarette und später die Zigarette höher besteuere. Das geht nicht an meine Stresemann, „Zigaretten und Zigarren sind in bedeutsam auf steuerliche Erfassung siamesische Zwillinge“. Er kennt wohl die Stellung seiner Partei zur Zigarettensteuer im Jahre 1906 nicht, sonst könnte er nicht so überreden. Womit wir nicht etwa den Standpunkt Spahns als gerechtfertigt erachten wollen. Sachmäßig berührte sein Ratlosisch, jeder Zigarettenfabrikant sollte anfangen, im Nebenbetrieb Zigaretten zu fabrizieren.

Entscheidend für die Bereitwilligkeit der Nationalliberalen, die Vorlage anzunehmen, sind aber seine folgenden Worte: „Niemand kann annehmen, dass bei der großen Finanzreform, die kommen wird, wenn wir jetzt vom Tabak abscheiden, in alle Zukunft vom Tabak abgehen werden wird.“ In irgendeiner Form wird er zu dem Widerspruch bedroht des Reiches, der nach dem Kriege eintritt, herangezogen werden.“ Darum ist es ihm lieber, es gleichzeitig. Wir erfreuen uns nicht darüber, denn wir wissen, dass die Nationalliberalen bei allen großen Schöpfungen des Tabaks voranstanden. Die immer zu wiedeholende Besteuerung des Tabaks ist bei ihnen geradezu Tradition.

Die Zentrumspartei hat durch den Abg. Spahn ihre Stellung zur Tabaksteuervorlage nicht klar ausdrücken lassen. Man weiß also nicht genau, wie das Zentrum stimmen wird und muss erst seine näheren Darlegungen in der Steuerkommission hören. Aber die Zweideutigkeiten in der Rede Spahns lassen nichts Gutes für die Tabakindustrie vermuten. Auch er ist über die sachlichen Zustände in der Tabakindustrie ungenügend unterrichtet, und besonders seine Ausführungen über den Tabakbau in Deutschland werden bei manchem ein Lächeln hervorrufen. Und auch, dass er dem Schatzsekretär nachgetreten ist. „Der Tabak ist kein notwendiger Konsumartikel. Wenn geht es ganz gut, obgleich ich nicht rauche“. Über diese Seichtheiten wollen wir kein Wort verlieren.

Dann aber fügte Dr. Spahn hinzu:

„Trotzdem, meine Herren, bin ich der Ansicht, dass die Tabaksteuer mit grosser Vorsicht anzupassen ist, und dass wir sie erst angreifen sollen, wenn die andern Steuern nicht das nötige Geld herbringen. Und wenn wir sie ansetzen, dann, meine ich, sollten wir sie zunächst an dem recht fraktigen Bipfel der Zigarettensteuer anpassen und sehen, was wir aus dieser herausbekommen können.“

Das sind die wichtigsten Bedeutungen Spahns über die Tabaksteuervorlage, aus denen wohl niemand eine sichere Stellung des Zentrums zur Vorlage herausfinden wird. Der Zigarettenindustrie lässt er eine kleine Hoffnung, aber nur bis dahin, wenn die andern Steuern nicht genug Geld herbringen. Welche andern Steuern? Die, welche der Schatzsekretär neben der Tabaksteuervorlage verlangt? Nur, für den Quittungsstempel sprach Spahn die Voraussetzung eines frühen Todes aus. Das mit entgegengesetztem Schatzsekretär schon Geld, das er in Rechnung gestellt hat. Ferner ist es den Spahnschen Ausführungen gegenüber doch auffällig, dass die Beratungen der Steuerkommission gerade mit der Tabaksteuervorlage eröffnet werden sollen. Dort scheint man nicht darauf warten zu wollen, was die andern Steuern am Geld mehr einbringen. Spahns Rede ist also zweideutig und verspricht nichts Gutes.

Dass die Konservativen für die höhere Besteuerung des Tabaks sind, brauchen wir kaum zu versichern, denn sie wollen nur indirekte Steuern einführen und den Besitz entlasten. Aber bezeichnend ist es, dass auch der Abgeordnete Weiß auf die Wünsche der Herren vom Deutschen Tabakverein als Vorpann für die Zustimmung der Konservativen zur Vorlage benutzte. Er betonte, dass ein großer Teil (?) der Tabakinteressenten ausdrücklich die Bitte ausgesprochen habe: „Wenn ihr die Steuer einführen

wollt, so führt sie recht schnell ein, weil jetzt der geeignete Augenblick da ist. Die Gründe liegen auf der Hand und sind auch für mich durchschlagend."

So haben es die Herren vom Deutschen Tabakverein den Steuerbereitwilligen leicht gemacht.

Zum Schluß wollen wir hier noch ein paar charakteristische Bemerkungen des Freiburgers, der Freisinnlichen Volkspartei, des Abg. v. Baeyer, anführen. Er sagte:

"Es ist doch gewiß niemand im Saale, der glaubt, daß mir um die Erhöhung der Tabaksteuer herumkommen" und sprach dann weiter das für die Arbeiter gefährliche Wort gelassen aus.

"Wenn jetzt die Tabaksteuer durchgeführt wird, so wird der Arbeiter viel weniger getroffen, als wenn wir sie in Friedenszeiten machen."

Aus diesen wenigen Neußerungen der Parteiredner im Reichstage geht wohl unzweifelhaft die Bereitwilligkeit der bürgerlichen Parteien hervor, "Tabak zu belasten, zum höheren Schutz des Besitzes, dem man mit einer geringen Anstandssteuer, der Kriegsgewinnsteuer, sätzlich um die vollen Backen streicht.

Nun hat die Steuerkommission das Wort.

## Die Reichstagsabgeordneten über die Tabaksteuer

Am 22. März fand im Reichstag die erste Lesung des Staats in Verbindung mit den Steuervorlagen statt. Von der sozialdemokratischen Fraktion sprach Abg. Keil; er fragte über die neuen Tabakabgaben:

Als erste Verbrauchssteuer bringt das Programm des Sozialdemokratischen Tabaksteuer. In der Begründung wies er darauf hin, es handle sich hierbei um ein entbehrliches Genussmittel. Das ist eine ganz traurige Aussicht, denn sie liegt zu dem Tabakarbeiter: Sei zufrieden damit, daß du arbeiten kannst, damit andere genießen, du selbst hast auf den Lohn kein Anspruch, wenn die die Mittel fehlen. Wenn übrigens praktisch konkret verfahren wird, wird der Sozialsekretär die erwarteten 16 Millionen aus dieser Steuer nicht bekommen. Nach dem Kriege wird vorne durch die erschwerete Lebenshaltung eine starke Eindämmung des Tabakgenusses eintreten. Die günstige Konjunktur ist ja nur durch den Krieg entstanden, wie dann auch 25 Prozent der gewaltigen Tabakproduktion die Heeresverwaltung bezieht, die dann auch 25 Prozent der Menschen zu zahlen haben wird. Einem beträchtlichen Teil der Menschen werden die armen Familien zu zählen haben, die ihren Angehörigen ins Feld ein wenig Zigaretten schicken wollen. Diese armen Familien sollen zu ihren großen Kosten noch neue Aufgebürde werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man bedenkt doch, welche Eindämmung dadurch dagegen und auch draußen im Felde erzeugt wird. (Ehrlich dabei bei den Sozialdemokraten.) Mit Regierung ist die "Föderale Volkszeitung": "Für die Tabaksteuer votieren wir, Herr dem Staatssekretär dankbar sein." (Sehr richtig!) Der Sozialsekretär meinte, die Gewerbetarif der Tabakindustrie schwierigkeiten hat nach der Notwendigkeit der Steuer. Das zum Tabakvertrieb und die Tabakarbeiter, mindestens die 200 000 Beschäftigten, scheint er nicht zu bedenken. Diese haben aufs schärfste Einstellung gegen die Steuer genommen, und auch die Fülle der Eingaben aus den Kreisen der Gewerbetreibenden scheint das Gegen teil der Bekämpfung des Schatzkäts zu beweisen. Keineswegs wird man über die Interessen der Tabakarbeiter ohne weiteres abgelenkt übergehen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Tabakmonopol wird in der Vorlage nicht gesprochen, und die Einführung des Zigarettenmonopols wird während des Krieges für unumgänglich erklärt. Danach scheint die Regierung die Absicht zu haben, es nach Schluß des Krieges einzuführen. Zumal es aber deppelt bedeckt ist, jetzt erneut Beimütingungen in das Tabakgewerbe hineingetragen. Die erhöhte Tabakabgabe wird der Reichstag bestimmt zu Fall bringen. (Befürwortung bei den Sozialdemokraten.)

Vom Zentrum sagte Abg. Spahn:

"Das die Tabaksteuer vorsichtig, so handelt es sich beim Tabak nicht um ein notwendiges Genussmittel. Dann hatten sich die Zigarettenhersteller über die Frage der Tabaksteuer unterhalten, da gingen auch schon die Preise sprunghaft in die Höhe. Pflegliche Behandlung beim Tabak ist angebracht."

Der Redner der Freisinnlichen Volkspartei, Herr v. Baeyer, ließ sich auf die einzelnen Steuerfragen nicht ein. Auf die oben wiedergegebenen Redner äußerte sich dann der Reichsschäfsekretär Herr Dr. Helfferich folgendermaßen:

"Man spricht darüber, daß der Tabak ein entbehrliches Genussmittel genannt worden ist. Nun rufen wir ein entbehrliches. Sicher ist, daß am Kriegsbeginn noch niemand gestorben ist. (Heiterkeit.) Jedenfalls haben wir die Tabaksteuervorlage nach sozialen Gesichtspunkten abzufeuern versucht. Die Tabaksteuer vom 1909 hat leider zu einer Verschärfung der Tabakarbeiter noch ihrer durchschnittlichen Löhne geführt. Kommt nun die Erhöhung der Tabaksteuer sicher dann aber ist jetzt der Zeitpunkt geeigneter, als die Zeit nach Wiedereintritt des Friedens."

Bei der Bekämpfung des Schatzkäts, daß die Tabaksteuer von 1909 zu keiner Verminderung der Tabakarbeiter, noch zur Herabsetzung ihrer Löhne geführt hat, wird an anderer Stelle dieses Blattes noch einiges gesagt. Am nächsten Tage, den 23. März, eröffnete der Nationalliberale St. Esse in den Reihen. Er beruft sich auf die Zustimmung der Herren vom Deutschen Tabakverein und erklärt:

"Der Tabak ist bisher in Deutschland einschließlich behandelt worden, weil man dort gefundene Verhältnisse hat. Bei dem großen Auslandserfolg wird auch der Tabak in irgend einer Form herangezogen werden müssen. Und dann ist es besser jetzt als nach dem Kriege. Räumt man die Zigarettensteuerung längst eingezogen, kann man nicht die Zigarette und dann die Zigarette kriegen. Wir kreuzen uns auf der Seite zusammen. Die Zigarette ist der Genussmittel der Konsument. Während der Zigarettenkampf noch dazu prädestiniert. Aber auf dem Gebiete der Zigarette kann wir die Zigarette nicht kriegen."

Der konservative Ost-West sagte:

"Ich befürchte es, daß ein großer Teil der Tabakinteressenten nicht nur den Steuerbeamten gegenüber, sondern auch die kleinen Geschäftsführer schreibt. Allerdings liegen die Verhältnisse bei der Zigarette und der Zigarre anders, natürlich ist der Verhältnis. Bei der Zigarette spielt die Mischindustrie eine große Rolle, während bei der Zigarre die Hand- und Kleinarbeit in Frage kommt. Es kann man zu Erwagung ziehen, ob man die billige Zigarette bei Erfüllung des Zigarettenwertes noch etwas erhöhen."

Noch einmal kam ein Sozialdemokrat zum Worte, und zwar der Abg. Höch, der sich über die Tabaksteuer äußerte:

"Die Gründe, mit denen die Tabaksteuer und die Zigarettensteuer bedient ist, ist die Einflussnahme, die befürchtet werden ist, und so läßt es, entbehrlich, einfaches Fernmelde auf den Rücken der Menschen und zum Schaden der armen Leute, wie es später auch bei dem 4. August 1914 nicht möglich gewesen war. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Beteiligung abgibt von den ganz großen Unternehmungen, ist ja im Moment zum Einflussnahme befürchtet, daß die Zustände der Tabaksteuer auf die Arbeitnehmer sehr ungünstig sein werden. Nur sagt, viele Eltern möchte ja doch kommen, bevor sie nach sie jetzt vorzeitig nehmen. Aber bleiben einen Schritt weiter weiter leben, und die Tabakindustrie wird auch noch den Zigarettensteuer keine Rücksicht haben. Diese Zigarette glänzen sie eine

drosselungssteuer, durch die die kleinen Leute zugrunde gebracht werden, damit dann das Monopol um so schneller durchgeführt werden kann. Schon ist der Tabak ein Genussmittel, aber für die großen Massen, die doch nicht nur Arbeitsmaschinen sind, ist er in der Tat ein unentbehrliches Genussmittel, wenn ihre Schaffensfreude erhalten werden soll. Das zeigt auch die Heeresverwaltung genau und das zeigt steht sie so große Mengen von Zigaretten ins Feld. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daher bedeutet die Verkürzung des Tabaks eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung, gerade der Armeen Produktion jetzt während des Krieges. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)"

Am Schlusse der Sitzung wurde die Vorlage mit den anderen Steuervorlagen an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

## An Exzellenz Dr. Helfferich!

Der Reichsschäfsekretär, Exzellenz Dr. Helfferich, hat, wenn die Zeitungsberichte stimmen, im Reichstage behauptet, daß die Tabaksteuer von 1909 weder eine Verminderung der Tabakarbeiter noch eine Verminderung ihrer durchschnittlichen Löhne verhießt hat. Sollte der Herr Reichsschäfsekretär wirklich so schlecht unterrichtet sein, daß er in gutem Glauben eine solche Behauptung aufstellt? Da sollte er sich doch den ersten besten Tabakarbeiter kommen und sich von ihm Vortrag halten lassen über die Wirkung der Steuer von 1909. Auch dem Reichsschäfsekretär und seinen Geheimräten steht jenes Material zur Verfügung, aus dem er Hipp und Mar die Verminderung der Arbeiterzahl und des Durchschnittslöhnes ersehen kann.

Zunächst gestatten wir uns, den Herrn Reichsschäfsekretär auf die vorige Nummer unseres Blattes zu verweisen. In dem Artikel "Wirkung der Tabaksteuer auf die Löhne" wird er eine Reihe von Beweisen finden für das Gegenteil seiner Behauptung, die nicht widerlegt werden können. Aber wir wollen einiges wiederholen.

Weiß der Herr Reichsschäfsekretär nicht, daß der Durchschnittslohn der Tabakarbeiter gegenüber dem der gesamten gewerblichen Arbeiter eine große und sich ständig erweiternde Differenz aufweist? Weiß der Herr Reichsschäfsekretär nicht, daß jede Steuererhöhung die Verleugnung der Betriebe von Gegenden mit besserer Bezahlung nach Gegenden mit billiger und billiger Arbeitskraft begünstigt? Die Zahlen, die wir in dem erwähnten Artikel unserer vorigen Nummer gebracht haben, bestätigen das, wie überall der Rückgang der Zigarettenindustrie dort festzustellen ist, wo niedrig bezahlt werden. Ist das etwa keine Schädigung der Tabakarbeiter? Bedeutet das keine Arbeitslosigkeit und Lohnverminderung? Ist es bedeutsungslos, wenn Tausende Arbeitskräfte für mehr oder weniger lange Zeit brotlos werden und sich Unterliefert in ihnen fremden Berufe suchen müssen? Ist dem Herrn Reichsschäfsekretär unbekannt, daß der Durchschnittslohn der Tabakarbeiter, obgleich er so gering ist, im Jahre 1910 nicht nur nicht stieg, sondern trotz der allgemeinen Preissteigerung noch um 2% fiel? Wir sagen voraus, daß dem Herrn Reichsschäfsekretär die Wirkung solcher Tatsachen auf die Lebenshaltung der Arbeiter bekannt ist.

Ist dem Herrn Schatzkäts weiter nicht bekannt, daß nach der Statistik der Tabakverbrauchsgenossenschaften fast die Zahl der gegen Unfall versicherten Tabakarbeiter gegen das Jahr 1908 im Jahre 1910 um 10 561 zurückgegangen war, daß selbst im Jahre 1913 noch 1995 Arbeiter an der Zahl von 1908 fehlten? Ist dem Herrn Reichsschäfsekretär nicht bekannt, daß nach der Statistik der Tabakverbrauchsgenossenschaft die Tabakarbeiter in den Jahren 1910 bis 1913 einschließlich durch Verminderung der Produktion, eine unabdingbare Folge der Steuer, 6 576 000 Arbeitstage verloren, die ihnen, den täglichen Durchschnittslohn zu 2% gerechnet, einen Lohnverlust von 13 152 000 M brachten? Und endlich: Ist es dem Herrn Reichsschäfsekretär unbekannt, daß nach der Steuer von 1909 an die geschädigten, also ganz oder teilweise arbeitslosen, Tabakarbeiter weit über 7 Millionen Mark Unterstützung vorsteht gezahlt worden sind? Und der Nachweis, daß es sich um Schaden handelte, der durch die Steuer verursacht war, mußte in jedem einzelnen Fall erbracht werden. Weiß der Herr Reichsschäfsekretär nicht, daß der damalige Chef des Reichsschäfsekretariates am 17. Januar 1910 im Reichstage erklärte, daß sich vor Beginn der Steuererhöhung, also vor 15. August 1909, bis zum letzten Dezember 1909 nicht weniger als 53 586 Tabakarbeiter um Unterstützung beworben haben, von denen 46 000 als durch die Steuererhöhung geschädigt anerkannt werden mußten, so daß, wie der Herr sagte, in der angegebenen Zeit durchschnittlich ein Fünftel der genannten Zahl in der bezeichneten Zeit als kategorisch geschädigt zu betrachten waren?

Das sind einige der Hauptargumente, die wir gege-

ben, die Behauptung, daß weder eine Verminderung der Zahl der Tabakarbeiter, noch eine Herabsetzung des Durchschnittslöhnes infolge der Steuererhöhung erfolge, einzutragen. Mit einer ganzen Reihe weiterer Erörterungen könnten wir noch die Behauptung weiter entkräften. Beständig aber nehmen wir immer noch an, daß der Herr Reichsschäfsekretär solches gar nicht behauptet haben kann.

Die Zigaretten und Händler zur Tabaksteuer

Sowohl der Deutsche Tabakverein wie auch die Vertreter der organisierten Zigarettenfabrikanten und Händler haben bekanntlich der Regierung eine erhebliche Erhöhung der Tabakabgaben zugesagt. Es scheint aber, daß man in jenen Kreisen, abgesehen von ganz kleinen Gruppen, mit den Erhöhungen nicht einverstanden ist. Schön die Eingabe des Mitteldeutschen Zigarettenfabrikantenverbands und ihre vielen Untergruppen ließ das vermuten. Außerdem aber, nachdem die Vorlage des Reichsschäfsekretärs der Leistungsfähigkeit übergegangen ist, mehrten sich die Segen in allen Rängen. Selbst die einzelnen Fabrikantenorganisationen fanden auf den Tabakverein eingewirkt und ihn zu einer Revidierung seiner Stellungnahme zu drängen. So hat der Verein Osterdentalischer Zigarettenfabrikanten, dessen erster Vorsitzender Herr Arthur Deter in Dresden ist, beim Deutschen Tabakverein den Antrag gestellt, in einer kleinen

Einigung den Reichstag zu ersuchen, "die Tabaksteuererhöhung bis nach Beendigung des Krieges, wenn sich der Bedarf des Reiches überleben läßt, zurückzustellen und bei Gelegenheit einer allgemeinen Steuerreform die für das Reich notwendigen Mittel von der Allgemeinheit aufzubringen".

Stellung gegen die Steuer genommen haben auch die Händlerverbände mit einer ausführlich begründeten Eingabe an den Reichstag. Ferner in einer Reihe von Orten die Händler noch in besonderen Versammlungen.

Der Bund Deutscher Zigarettenfabrikanten ersucht ebenfalls den Reichstag um eine flache Ablehnung der Vorlage. Interessant ist dabei, daß auch die Zigarettenindustrien zunächst dem Reichstagamt eine ganz erheblich höhere Besteuerung der Zigarette zugesagt haben. Nun scheint ihnen die Geschichte denn doch über die Schnur zu gehen und sie machen Front. Dabei scheint sich der Gegensatz, der zwischen den Unternehmern der Zigaretten- und der Zigarettenindustrie eigentlich seit 1906 latent war, nunmehr öffentlich auszudrücken. In bezug auf die Verbesserungen, einiger führender Zigarettenfabrikanten, die neuen Tabaksteuern möglichst bald einzuführen", schreibt nämlich die "Tabakwelt", das Organ der Zigarettenindustrien:

"Indem man sich nämlich zu sofortiger Übernahme neuer Lasten im Prinzip bereit erklärt, gewann man die Möglichkeit, an den Beratungen entscheidend mitzuwirken, an Bedingungen zu stellen. Man fand eine Möglichkeit, vor allem der gesuchten Konkurrenz der Zigarettenindustrie eine noch ungleich höhere Neubelastung aufzubürden und damit die Weiterentwicklung dieser Konkurrenz dauernd zu unterbinden.

Doch wir mit letzterem Hinweis nicht lediglich eine Vermutung aussprechen, ist leicht zu erkennen. Unbekannt ist es und freilich geblieben, wie weit bereits die Reichsschäfsekretariate bezüglich auf die Neubelastung des Zigarettengewerbes, dessen Vertreter einfach einem vorgefaßten Beschuß gegenübergestellt wurden, den Wünschen des Deutschen Tabakvereins gefolgt ist. Sicher ist jedoch, daß auch die vom Reichstagamt vorgeschlagene enorme Neubelastung der Zigarette einigen Kreisen der Zigarettenindustrie noch immer nicht hoch genug war. So hat beispielsozialistische Weise gerade eine Eingabe aus den führenden Kreisen der Zigarettenindustrie — diese Tatsache ist uns von kompetenter Seite verbürgt — noch in letzter Stunde dazu geführt, daß der Bundesrat in bezug auf die Neubelastung der Zigarette sogar noch über die Vorlage des Reichsschäfsekretariates hinausgegangen ist."

Die Zigarettenhülsen-Fabriken wünschen vom Reichstag die Annahme des Kriegsaufschlags auf Zigarettenblättchen und Zigarettenhüßen, der nach der Vorlage 900 bzw. 600 Prozent Erhöhung ausmacht, eventuell wird um eine Ermäßigung der Forderung auf 1% für 1000 Hüßen gebeten.

So ist denn zurzeit in der Tabakindustrie alles in Bewegung. Für die Erhöhung der Abgaben im Sinne der Vorlage sind nur einige Großfabrikanten, die die führende Rolle im Deutschen bzw. im Westfälischen Tabakverein haben.

## Kundgebungen zur Tabaksteuer.

Die am 19. März für den Bündner Bezirk in Bünden tagende Tabakarbeiterversammlung einigte sich auf folgende Kundgebung:

"Die heutige vom Deutschen Tabakarbeiterverband und vom Zentralverband Christlicher Tabakarbeiter Deutschlands gemeinsam veranstaltete Kundgebung erhebt gegen den von den verbündeten Regierungen veröffentlichten Entwurf eines Gesetzes betreffend der Abgaben vom Tabak die ernstesten Bedenken. Angesichts der an und für sich schon bedeutsamen Belastung der Tabakindustrie mit Abgaben besteht die seitens der verbündeten Regierungen geplante Mehrbelastung fast eine Verdopplung der leichten und in ihrer Wirkung auf die Industrie eine starke Schädigung. Selbst die Folgen der Mehrbelastung der Tabakindustrie im Jahre 1909 sind heute, momentan in der Zigarettenindustrie noch nicht restlos überstanden. Man mag einnehmen, wir bei den früheren Belastungen auch, daß die kommende Belastung von den Konsumenten getragen wird. Das trifft jedoch nicht vollständig zu, insbesondere nicht für die Zeit des Krieges. Nicht nur, daß die Tabakindustrie zur Investition größerer Kapitalien gezwungen ist, deren Vergütung gleichfalls herausgewirtschaftet werden muss, wird sie, wie bei früheren Belastungen, zahlreiche mittlere und kleine Gruppen vernichten. Vor allem werden es die Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakindustrie sein, wie führt auch die am schwersten geschädigt werden. Dabei ist die Arbeiterchaft der Tabakindustrie die schlechteste unter der deutschen Arbeiterschaft überhaupt. Noch ist unmittelbar vor dem Kriege, also in ruhiger Zeit hat die Tabakarbeiterchaft mit starker Arbeitslosigkeit zu kämpfen gehabt, und ihre Organisationen haben erheblich höhere Summen für Arbeitslosenunterstützung als vor 1909 ausgeben müssen.

Behindernd erscheint wird der Tabakarbeiter infolge der starken finanziellen Belastung, ihre Arbeitslöhne zu erhöhen, wie andere Arbeitergruppen es vermögen. Umso mehr fällt dies ins Gewicht, als die Annahme der geplanten Mehrbelastung sicherlich eine weitere Verlegung der Fabrikation in entlegene Orte mit niedrigeren Arbeitslöhnen zur Folge haben, und dadurch das Streben der Tabakarbeiter nach Verbesserung ihrer Arbeitslöhne noch mehr erschwert wird. Aber auch schwere Schädigungen seines Dienstes in denen heute die Tabakindustrie vorherrscht, und die von der Verlegung betroffenen werden sind unvermeidlich.

Es ist ferner sehr zu befürchten, daß der Tabakindustrie und ihrer Arbeiterschaft, besonders nach dem Kriege, infolge der Verheerung der deutschen Volkswirtschaft aus den Kriegen, in die Friedensverhältnisse bedeutende Schwierigkeiten erwachsen, indem die ohne Zweifel auch dann noch aktuelle allgemeine Leistung eine unglangreiche Eindämmung des Konsums, damit aber auch der Produktion bringen wird. Die geplante Mehrbelastung erhöht diese Schwierigkeiten und trifft damit besonders schwer die Gestaltung der Lage der Tabakarbeiter.

Als die genannten Folgen für die Gesamtindustrie sind für den heutigen Tabakindustriezeit in besonderer starker Umfang zu erwarten. Die Urtreue liegen in der außerordentlich starken Dezentralisation des Industrie, der ausschließlichen Verarbeitung ausländischen Rohstoffes, der Fabrikation von Zigaretten in vorwiegend schlechten Preislagen, in der ausladungsvollen Bedeutung, welche die Tabakindustrie für die heilige Stadt und sehr viele Orte der Umgebung hat, endlich die Tatsache, daß ein großer Teil Tabakarbeiter Eigentümer einer Wohnung, in ihrer Freizeitigkeit im Falle der Fabrikationsverlegung beschrankt sind und ihnen infolge des Verlustes in eine andere Industrie in den meisten Fällen nicht möglich ist.

Aus all diesen Erwägungen heraus richtet die heutige Kundgebung an die verbündeten Regierungen und den Reichstag das Erwachen von einer Mehrbelastung Abstand zu nehmen.

Zum zweiten fordert die verbündeten Regierungen und der Reichstag sich zu einer weiteren Belastung der Tabakindustrie entschlossen, sofern die Einwohner am der Kundgebung voraus, daß die Mehrbelastung in einer Form erfolgt, die am wenigsten geeignet ist, die Industrie, insbesondere die Tabakarbeiterchaft zu schädigen. Die in dem Kundgebung vorgesehne Form kann als solche nicht geeignet werden.

Weiter saß die Rundgebung davon, daß gesetzliche Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, die ungünstigen Verhältnisse zu einem eventuellen Wahrnehmung auszufüllen. Aus solchen kommen meist andere, besonders in Betracht: Entschädigung der arbeitslosen und ententen oder geschädigten Tabakarbeiter; Maßnahmen gegen Verstärkung der Arbeitslosigkeit und Erhöhung der Sozialversicherung.

In Unterhalden fanden in Schwerin, Hohenheim, Reilingen, Neulussheim, Altlussheim und Oftersheim Tabakarbeiterverhältnisse statt, die sich ebenfalls gegen jede weitere Besteuerung aussprachen, und wurde überall für den Fall, daß die neue Vorlage dennoch Gelehrt werden sollte, gefordert, daß das Reich die geschädigten Tabakarbeiter unterstützen.

Auch in Dresden sprachen sich die Tabakarbeiter in einer am 23. März tagenden Versammlung, in welcher Deichmann in einem Nachwörternden Referat die Situation auseinandersetzte, gegen eine weitere Besteuerung der Tabakindustrie aus.

In Chemnitz am 26. März Niendorf. Die Versammlung beschloß einstimmig folgende Rundgebung: Die heute in Nehme stehende Versammlung von Tabakarbeitern spricht ihre höchste Zustimmung darüber aus, daß die Reichsregierung wiederum Veranlassung nahm, eine Erhöhung der Tabakabgaben zu fordern, und daß außerdem die geforderte Summe eine so gewaltige ist, daß sie vorerst keine Erfüllung des ganzen Gewerbes gar nicht aufgebracht werden kann.

Auch die Tabakarbeiterchaft des hiesigen Bezirks hat bei der Steuererhöhung im Jahre 1909 erhebliche Nachteile durch die von der Steuererhöhung verschuldeten Arbeitslosigkeit und deren Begleiterscheinungen erlitten, daß sie jetzt mit Schrecken an die Folgen einer weiteren Belastung denkt. Dazu kommt, daß die unzählige Besteuerung auf die Lebenshaltung gerade der so gering entlohnten Tabakarbeiter und -arbeiterinnen eine Wirkung ausübt, die über das umfangreiche allgemeine Maß noch hinausgeht.

Die Versammlung hält angesichts der allgemeinen Besteuerung und der bei Annahme der Steuerforderung noch erheblich weiter steigenden Preise der Tabakindustrie einen starken Konsumrückgang für sicher, so daß Betriebsverträge, Arbeitszeitverlängerungen und Arbeitszeitverkürzungen, die folgen sein werden, insbesondere im hiesigen Echsen. Zu den Arbeitszeitverlängerungen wird die weitere Entwicklung einer notwendigen Klassebewegung der Löhne der Tabakarbeiter kommen, wenn nicht, was wahrscheinlich ist, und wie es 1909 geschah, Lohnverhandlungen einzutreten werden.

Die Versammlung stellt sich aus diesen Gründen voll und ganz auf den Bedenken der Rundgebung der drei Tabakarbeiterverbände, wie sie am 20. Februar 1916 in Frankfurt a. M. beschlossen wurde, und erachtet den Deutschen Reichstag sowie jeden einzelnen Reichstagsabgeordneten, die Vorlage über die Erhöhung der Tabakabgaben abzulehnen.

An die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen aber richtet die Versammlung die dringende Aufforderung, zum Schutze ihrer mehr als je gefährdeten Lebenshaltung die Organisation als das beste Mittel zu betrachten, ihr nicht nur fest und immer treu zu sein, sondern auch neue Mitglieder für sie zu werben.

**Franzenhausen o. d. Unstr.** Die Firma Schröder & Co. hat zu den bewilligten 50 S pro Mille nun noch eine Teurungszulage von 5 Prozent treten lassen. Die Firma Schellhaas & Schöne (Eis. Bremen) erhöhte die Teurungszulage von 5 auf 10 Prozent.

**Dessau.** Die Firma G. Donnerberg, die bereits 10 Prozent Zulage getroffen hat, erhöhte die Löhne um weitere 50 S und 100 S pro Mille. Die Firma Geißelhardt hat jetzt noch eine Teurungszulage von 150 S pro Woche bewilligt.

**Alsfroschenburg.** Die Firma Barth u. Söhne hat endlich bis im Vorjahr bewilligte Lohnerschöpfung von 10 bis 30 S pro Mille auf 10 Prozent erhöht. Die Firma Stein u. Co. hat 5 Prozent und für jedes Hundert Zigaretten und Wicke 2 S mehr bewilligt.

**Gießen.** Die Firma B. Büttner bewilligte eine 15prozentige Lohnerschöpfung.

**Salzungen.** Die Firmen Schröder, Hill und Hornung u. Bölling bewilligten eine Lohnzulage von 50 S pro Mille. Die Firma K. Eckart erhöhte die Teurungszulage von 5 auf 10 Prozent. Außerdem gibt es für Überstunden 10 Prozent Aufschlag.

**Apolda.** Die Firmen Hartm. Baubach und Karl Apel bewilligten die Forderung von 1 M pro Woche.

**Kreischa.** Die Firma Paul Schmitt erhöhte die Teurungszulage von 10 auf 15 Prozent.

**Striegau.** Die Firma Schärke u. Co. bewilligte für Roller und Widelmacher 40 S pro Mille.

**Breslau.** Die Firma Haipaus (Zigarettenfabrik) änderte die bis jetzt gezahlte Teurungszulage von 1 M pro Woche in eine Lohnzulage um, außerdem wird eine neue Teurungszulage von 50 S pro Woche bewilligt. Die Firma Karl Frommett bewilligte außer der Teurungszulage eine Lohnzulage von 1 M pro Mille. Die Firma Julius Pacht bewilligte auf alle Sorten eine Lohnerschöpfung von 1 M pro Mille.

**Eckartsweier.** Nunmehr hat auch die Firma Barth u. Spies die Teurungszulage von 5 auf 10 Prozent erhöht.

**Bremen.** Die Firma Herm. Koch bewilligte 1 M Lohnzulage pro Mille. Die Firma Heinrich Brinkmann bewilligte noch auf eine Sorte 50 S Lohnzulage.

**Brinkum.** Die Firma D. Süddieke bewilligte erneut auf alle Sorten 50 S pro Mille Lohnzulage.

ausdrücklich: "Für mich hat sich die Sache erledigt." Doch aber die Sache für die Arbeiterschaft noch lange nicht erledigt ist, möchte ich dem Herrn hierdurch zur Antwort geben.

C. Waldkrahn, Gauleiter, Dresden.

Verbandsseit.

### Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

**Karl Deichmann.** Vorsitzender Bremen, Haufenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 52 — Telefonamt Roland 8046. Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorsitz bestimmte Büros sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Haufenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 52, zu adressieren.

**Geld.** Einschreib- und Versendungen nur an Dr. Nieder-Melland, Bremen, Haufenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 52 — Bankkontor bei der Bankabteilung der Hochrechts-Gesellschaft deutscher Consumvereine m. b. H. in Hamburg, Postcheckkonto Nr. 6349 beim Postschedam in Hamburg.

Für die Exposition bestimmte Büros sind an Johs. Krahn, Bremen, Haufenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 52, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Büros sind an Gustav Nienhöfer, Bremen, Haufenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für den Ausschuß bestimmte Büros sind an Dr. Scheune, Hamburg, Beseckendorfshof 57 III, Zimmer 45 und 46 (Gewerkschaftshaus), zu adressieren.

### Vekanntmachungen.

Als verloren gemeldet: Nordhausen; das Buch S. II 64086, lautend auf Christian Herzog aus Schmiede — aufgenommen am 1. 7. 1914, Bl. 3 (S. 1432, J. 16). Im Vorzelungsfalle ist das Buch einzuziehen und einzufinden.

Beliebte Galerien sind bei mir eingegangen (B. = Verbandsbeiträge, U. = Anzeigen):

17. März: Cottbus B. 50. — Döbeln B. 250. — Hünfeld B. 200. — 18. Berlin B. 100. — Erfurt B. 100. — Nordhausen B. 500. — Speyer B. 100. — 19. Wolfenbüttel B. 200. — Ansbach B. 150. — 20. Halle a. S. B. 85. — Gießen B. 150. — Hamburg B. 150. — Bildenbach B. 16. — Striegau B. 100. — 21. Elmira B. 50. — Niede B. 150. — 22. Osnabrück 2. 200. — 23. Bremen B. 200. — 24. Hamburg 2. 200. — 25. Berlin B. 250. — 26. Berlin B. 100. — 27. Berlin B. 250.

**Verrichtung.** In Nr. 12 des Tabak-Arbeiter muss es unter dem 5. März, beispiel: Klein-Einstein 123 Nr. 50 S statt Groß-Einstein 123 Nr. 50 S.

Bremen, 27. März 1916. W. Nieder-Melland.

### Adressen-Aenderungen.

Mühlhausen (3). Frau Höfe, Mittelstraße 132.

Jastrow (12). Der 2. Ob. Paul Bachholz wohnt Grünenstr. 17.

Der Verbandsvorstand.

### Arbeitsmarkt.

#### Offene Stellen.

Nach Erfurt (Schlesien): Zwei Widelmacherinnen, Mindestlohn 3,40 M pro Mille bei freier Juristung. Nachfrage: Gau-Verbeitsnachweis Gust Lieke, Breslau, Margarethenstraße 17, Zimmer 80.

### Arbeitsnachweise.

Die Büros befinden sich:

#### Für den Gau Hamburg.

Altona: Gottlieb-Destriag, Bureau: Deisterallee 1.

#### Für Bremen:

Bremen: Heinrich Böckenkamp, Haufenstr. 58/60 I, 3. Et. Sprechstunden: 8½ bis 10½ vormittags und 7 bis 8 Uhr abends. Telefon 2185.

#### Für den Gau Hannover:

Hannover: L. Ritschmüller, Hainhölzerstr. 66. Sprechstunden: Montags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 6 bis 7 Uhr abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auch erhalten Siegereisen dort Arbeitslosenunterstützung.

#### Für den Gau Nordhausen:

Nordhausen: Herm. Schmidt, Verbandsbüro, Wolfsstraße 14.

#### Für den Gau Herford:

Herford: Wilhelm Schäfer, Gimterstr. 59.

#### Für den Gau Frankfurt a. M.:

Frankfurt a. M., West 13: Franz Schnell, Steinmeierstraße 6a.

#### Für den Gau Offenburg:

Offenburg: Georg Durban, Weigerstr. 15 II.

#### Für den Gau Heidelberg:

Heidelberg: Ludwig Klein, Heidelberg, Hauptstr. 45.

#### Für den Gau Erfurt:

Erfurt: Anton Fischer, Weißeritzstraße 28 I.

Sprechstunden: Montags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nach-

mittags. Für den Gau Dresden:

Dresden-L: Joseph Dommer, Palaishaus Schützenplatz 20, III.

Für Gottlieber: Max Bernhard, Dresden-Kleinen-Braunfelsweg 8, 3. Etg. Sprechzeit: 12 bis 1 Uhr mittags und 6 bis 7 Uhr abends; an Sonntagen nur 3 bis 6 Uhr nachmittags.

### Gestorben:

Gefallen am 2. März in Frankreich der Zigarrenarbeiter Otto Abel aus Dahme, 21 Jahre alt (Zahlstelle Dahme).

Gefallen am 13. März der Kantabfimmer Friedrich Mahrhold aus Herraden, 28 Jahre alt (Zahlstelle Nordhausen).

Gefallen am 14. März der Rauchabfimmer Friedrich Böckeler aus Klein-Weddingen, 38 Jahre alt (Zahlstelle Nordhausen).

Gefallen am 14. März der Rauchabfimmer Hermann Weier aus Nordhausen, 28 Jahre alt (Zahlstelle Nordhausen).

Gefallen am 19. März in Frankreich der Zigarrenarbeiter Konrad Andreas Korb aus Groß-Steinheim.

Am 16. März Korb zu Dahmen der Zigarrenarbeiter Wilhelm Voigt aus Borna, 73 Jahre alt.

Am 19. März starb zu Frankenberg Ida Storch aus Frankenberg, 63 Jahre alt.

Am 20. März starb zu Hamburg der Zigarrenarbeiter Otto Lohrebeck aus Altona, 30 Jahre alt.

Am 22. März starb zu Hohenheim, 60 Jahre alt.

Am 22. März starb zu Würzburg der Zigarrenarbeiter Georg Pröttler aus Eilenfeld, 26 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

## Rundgebung zur Tabaksteuererhöhung

### Für Herford und Umgegend:

Sonntag, den 2. April, vormittags 11 Uhr, bei Brinkmann, Rentnor.

**Redner: Karl Deichmann.**

### Für Minden und Umgegend:

Sonntag, den 2. April, nachmittags 4 Uhr, Zentralhalle.

**Redner: Karl Deichmann.**

### Für Lemgo und Brake:

Sonntag, den 2. April, abends 7½ Uhr, bei K. Marx, Belle Alliance.

**Redner: Karl Deichmann.**

### Für Hamburg-Altona und Umg.:

Sonnabend, den 1. April, abends 8½ Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

**Redner: G. Niendorf, Bremen.**

### Für Bremen:

Sonntag, den 2. April, nachmittags 4 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

**Redner: G. Niendorf.**

### Lohnkürzung.

Die Firma Carl Oberländer in Mittweida scheint den Burgfrieden zu benutzen zu wollen, um den langen Lohn der Tabakarbeiter noch mehr zu schmälen. Als Beweis hierfür diene folgende Angelegenheit: Bis vor kurzer Zeit ließ diese Firma eine Sorte Zigaretten in der Haushalt herstellen, wofür sie den niedrigen Lohn von 8 M pro Mille zahlte.

Ob nun der Firma bei diesem Lohn der Verdienst der Tabakarbeiter noch zu hoch war, oder ob sie glaubte, die gegenwärtige Zeit der allgemeinen Besteuerung für sich zu nutzen, um ihre Profite auf Kosten der Arbeitnehmer zu erhöhen, will ich dahin gestellt sein lassen. Tatsam, die Firma führte eine Veränderung ihrer Produktion ein, indem sie eine Widelmachchine aufstellte, auf der die Widel anfangs erhöhte Sorte hergestellt werden. Für diese Zigaretten zahlt nun die Firma an die Haushalte einen Lohn von 4 M bis zu 4,50 M pro Mille.

Damit zahlt die Firma rund 1 M pro Mille weniger an Rollerlohn, als alle andern Firmen am Orte. Das ist kein Lohnkürzung unter der Arbeiterschaft unmöglich, ist bestreitbar, nur die Firma Oberländer selbst will dieses nicht einsehen können.

Letzteres beläuft die seitlichen Anteilsschreiben, die auf die Einnahmen der Gauleitung eingespielt sind. Auch in bezug auf die Teuerungszulage, die alle andern Betriebe am Orte zahlen, macht diese Firma noch eine besondere Ausnahme, indem sie nur den jüngsten Arbeitern und Arbeitern und Arbeitern eine wöchentliche Zulage gewährt, die ein bestimmtes Quantum liefern; welches jedoch so bestreitbar ist, daß ein kleiner Teil der Arbeiterschaft tatsächlich tatsächlich keine Veränderung seines Lohnes erzielt.

Dieses Gebaren der Firma zeigt einen Kettlauf, wie es glücklicherweise mir vereinzelt besteht; auf der einen Seite Erhöhung der Preise bei Leistungserzielung und auf der anderen Seite Kürzung der Löhne für die Arbeiterschaft. Der Inhaber der Firma kann natürlich sich selbst, indem er in seinem letzten Schreiben

